

# Zur Junckerschen Erklärung zur Lage der Nation

## Der Premier sieht Parallelgesellschaften sich in Luxemburg einnisten

Schon 1975 stellte der Soziologe Albano Cordeiro fest, dass Luxemburger und Ausländer friedlich nebeneinander leben. Seither gab es noch keine bewusste Integrationspolitik, welche die einen und die andern hätte näherbringen sollen. Herrn Junckers Erkenntnisse sind nicht die eines Sozialwissenschaftlers, sondern die eines Politikers der in diesem Gebiet sehr zurückhaltend gehandelt hat. Auch wenn wir jetzt 30 Jahre älter sind, kann man sich fragen, ob wir dementsprechend vorangekommen sind. Wenn Herrn Junckers These (auch nur teilweise) stimmt, sucht man vergebens in seiner programmatischen Rede nach Ansätzen hier gegenzusteuern. Dies erinnert mich sofort an eine andere programmatische Rede desselben Staatsministers am 5. Mai 2002. Er erklärte damals die Beteiligung an den Entscheidungen der größtmöglichen Zahl von Menschen zum nationalen Anliegen. Nein, lieber Leser, Sie haben keine Gedächtnisprobleme, denn in der Tat ist hier noch nichts geschehen. Das Trauerspiel der Nicht-Beteiligung der Ausländer am Referendum ist noch omnipräsent. Übrigens kein Wort zur politischen Beteiligung der Nicht-Luxemburger in der jetzigen Oktoberrede. *Nation-building* ohne Ausländer heißt, auf den jungen und privatwirtschaftlich tätigen Bevölkerungsteil im demokratischen Prozess zu Gunsten der alten und im öffentlichen Dienst tätigen Passluxemburger zu verzichten.

Herr Juncker hatte schon einmal die Integrierung der portugiesischen Fußballvereine zur Chefsache erkoren. Dies ist schon so lange her, dass es allgemein in Vergessenheit geraten ist.

## Der Premier kündigt ein Gesetzprojekt zur doppelten Staatsbürgerschaft an

Also hier wird es deutlich: Wohl im schönen Juni wird das Prinzip der doppelten Nationalität wie ein erfrischender Frühlingstau endlich seinen Niederschlag finden. Das Regierungsprogramm spricht übrigens auch von der Vereinfachung der Prozedur zur „einfachen“ Nationalität. Im gleichen Satz werden jedoch die Spracherfordernisse erhöht. Es wäre pure Unterstellung zu meinen, das Prinzip würde festgeschrieben und zugleich ausgehöhlt. Hier darf jedoch erinnert werden, dass Herr Michel Wolter am 5. August 2004 in der Abgeordnetenkammer vorschlug für einfache Nationalität 5 Jahre Aufenthalt wie bisher und für doppelte Staatsbürgerschaft 10 (!) Jahre zu verlangen.

Vor kurzem hat der deutsche Soziologe und Migrationsexperte Friedrich Heckmann an der Uni Luxemburg dargelegt, dass die meisten europäischen Einwanderungsländer die Naturalisierung als Mittel und Etappe der Integration betrachten und nicht als Abschluss des Prozesses. Letzteres ist in Luxemburg der Fall. Die niedrigsten Einbürgerungsraten gibt es im Land mit der höchsten Ausländerquote. Sie wissen schon von welchem Land ich rede.

## Der Premier zu Schule und Sprachen

Mit Spannung wird für kommenden Dezember die Studie des Europarats zur Sprachensituation in Luxemburg erwartet. Größer noch wird die Spannung sein, was wann hiervon in konkrete Politik umgesetzt werden wird. Wenn Herr Juncker der Erziehungsministerin zugesteht, diese Debatte über unsere Sprache (oder vielleicht besser unsere Sprachen) auf Regierungsseite zu begleiten, muss man sich fragen, wer letztendlich diese Debatte politisch zu verantworten hat. Begleitung kann doch hier wohl nicht genügen. Munter werden hohe und höchste theoretische Sprachkenntnisse gefordert, ohne jedoch Sprechen in ebendiesen Sprachen entsprechend zu fördern. Funkstille zum Thema Luxemburgisch in der *Spillschoul*. Als ob man die jetzige Situation einfach hinnimmt: Man hofft, dass ausländische Kinder dort Luxemburgisch lernen und schert sich darum, sich zu vergewissern, ob dem so ist und setzt dann wieder ausreichende Luxemburgischkenntnisse im ersten Schuljahr voraus. So zementiert man bewusst Missverständnisse und Schulfrust.

## Der Premier zum Zugang zum öffentlichen Dienst

Alle Leser wissen, dass von hundert Leuten, die in Luxemburg gegen Lohn arbeiten 36 Luxemburger sind, 38 Grenzgänger und 26 hier lebende Ausländer. Manche wollen es wider besseren Wissens nicht wissen. Warum soll der öffentliche Dienst nur in einem Drittel der aktiven Bevölkerung rekrutieren dürfen? Leistet man ihm einen guten Dienst indem man sein Potential einschränkt? Hier noch eine kurze Bemerkung wie ernst man Ausländer als Bürger und Wähler nimmt: Am 9. Oktober wurden 14 Nichtluxemburger in 13 verschiedene Gemeinderäte gewählt. Sie nehmen an allen Entscheidungen teil, so auch wer in der Gemeindeverwaltung als Arbeiter oder Beamter eingestellt wird. Das können keine Ausländer sein, hierzu muss man einen einheimischen Pass haben!

Serge Kollwelter